



WWF ZUKUNFTSWAHL-CHECK ZUR BUNDESTAGSWAHL 2021



WWF Zukunftswahl-Check

Die nächste Bundesregierung muss sich besonders viel vornehmen – und dann besonders viel tun. **Konsequenter Klimaschutz, nachhaltiges Wirtschaften und engagierte Biodiversitätspolitik** müssen in den nächsten vier Jahren Hand in Hand gehen. Davon werden Menschen und Umwelt gleichermaßen profitieren. Deutschland kann das. Nun müssen die Parteien auch wollen.

Zu den Politikfeldern Klimaschutz, nachhaltiges Wirtschaften und Biodiversität hat der WWF anlässlich der Bundestagswahl 2021 zehn zentrale Forderungen an die Politik formuliert.

In unserem **Zukunftswahl-Check** zeigen wir, inwieweit sich die fünf größten demokratischen Parteien in Ihren Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2021 zu diesen Forderungen bekennen, mit welchen Maßnahmen sie am 26. September 2021 um die Stimmen der Wähler:innen werben und welche Antworten sie auf die Fragen unserer Zeit haben.



WWF ZUKUNFTSWAHL-CHECK: KLIMASCHUTZ



WWF Zukunftswahl-Check: Klimaschutz Wie klimafit sind die Parteien in Deutschland?

Wir fordern von allen Parteien einen mutigen Durchbruch und deutlich mehr Tempo beim Klimaschutz und der Umsetzung der Energiewende. Die nächste Bundesregierung ist aufgefordert, den Ausstoß der Treibhausgase in Deutschland um mindestens 70 Prozent bis 2030 zu senken. Damit der Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung bis 2030 mindestens 80 Prozent beträgt, muss ihr Ausbau zügig vorangehen.

Der Bund muss Unternehmen dabei Planungssicherheit geben und Investitionen in eine nachhaltige und kohlenstofffreie Produktionsweise belohnen. Dies muss begleitet werden durch eine Strategie für den konsequenten Ab- und Umbau aller klima- und umweltschädlichen Subventionen.

Als führende Volkswirtschaft der EU muss sich Deutschland für ein klimaneutrales Europa bis spätestens 2050 einsetzen und die Umsetzung des European Green Deal konsequent vorantreiben. Das ist die historische Chance für einen klimagerechten Wandel, für gesündere und nachhaltigere Lebensmittel und den europaweiten Erhalt unserer Lebensgrundlagen und der Biologischen Vielfalt.



CDU/CSU

Was planen CDU/CSU?

Die CDU/CSU bekennt sich zu den Pariser Klimazielen und sieht darin ihre grundlegende internationale Verantwortung als Industrieland. Bei der Dekarbonisierung unserer Wirtschaft setzt die Union auf Technologien, Innovationen und Investitionen, die wirtschaftlich sind, Wettbewerbsfähigkeit und neue Wertschöpfungsketten entstehen lassen.

An den beschlossenen Klimazielen hält die CDU/CSU fest: Sie will die Emissionen in Deutschland bis 2030 um 65 Prozent gegenüber 1990 senken, bis 2040 um 88 Prozent und bis 2045 Treibhausgasneutralität erreichen. Kern der klimapolitischen Maßnahmen sind marktwirtschaftliche Instrumente wie der Emissionshandel, den die Unionsparteien auf die Sektoren Wärme und Verkehr ausweiten wollen. Bürger:innen ebenso wie Unternehmen sollen von einer Strompreis-Senkung und dem Wegfall der EEG-Umlage profitieren. Ein konkreter CO₂-Preispfad findet sich im Regierungsprogramm nicht.

Der Ausbau der Erneuerbaren soll deutlicher schneller vorangebracht werden und ein diversifizierter Energiemix aus Sonne, Wind, Biomasse, Wasserkraft und Geothermie entstehen. Die Union will Deutschland zum Wasserstoffland Nr. 1 machen und den Wasserstoff aus erneuerbaren Energien gewinnen. In der Übergangszeit soll neben dem grünen auch blauer Wasserstoff auf Basis von Erdgas akzeptiert werden.

Neben der Elektromobilität sehen die Schwesterparteien auch synthetische Kraftstoffe im Straßenverkehr und perspektivisch im Schwerlastverkehr. Ein Dieselfahrverbot lehnen sie ab, ebenso wie ein generelles Tempolimit auf Autobahnen. Wie lange Verbrennungsmotoren noch zugelassen werden dürfen, bleibt unklar.

Den European Green Deal will die Union zu einer europäischen Wachstumsgeschichte machen. Internationale Klimakooperationen sollen dazu beitragen, den globalen Temperaturanstieg zu begrenzen. Emissionsminderungen durch Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungs- und Schwellenländern sollen auch hierzulande anteilig auf nationale Verpflichtungen angerechnet werden können.



CDU/CSU

Die WWF-Bewertung

Trotz des Bekenntnisses zu Paris fehlt dem Wahlprogramm der Union eine klare Strategie für den klimafreundlichen Umbau unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Wer dem Wirtschaftsstandort Deutschland und seinen Unternehmen etwas Gutes tun will, muss mit klaren Rahmenbedingungen und Instrumenten für mehr Klima- und Naturschutz dafür sorgen, dass sie zukunftsfit werden können.

Richtigerweise wird die immense Bedeutung beschleunigter Planungs- und Genehmigungsverfahren beim Ausbau der Erneuerbaren betont. Doch erfordern diese weniger einen Abbau bestehender Regelungen als vielmehr eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung der Behörden. **Besonders gravierend sind die fehlenden Ausbauzahlen für Erneuerbare Energien, die die Grundlage einer klimafreundlichen Elektrifizierung aller Wirtschaftssektoren bilden.** Um die Ambitionen der Union zu Wasserstoff und synthetischen Kraftstoffen realisieren zu können, sind alle Sektoren zwingend auf mehr Erneuerbare angewiesen. Sogenannter blauer Wasserstoff auf Basis von Erdgas ist keinesfalls klimaneutral, weshalb die notwendige Umstellung auf vollständig grünen Wasserstoff umso mehr Tempo beim Ausbau der Erneuerbaren erfordert.

Auch das Thema CO₂-Bepreisung bleibt vage. Eine reine Markt-bildung des CO₂-Preises gefährdet sowohl die Planungssicherheit als auch die soziale Gerechtigkeit. Es fehlt die eindeutige Absage an Verbrenner und den Einsatz synthetischer Kraftstoffe im Verkehrssektor. Hier stehen die Zeichen eindeutig auf den Wandel zur vollständigen Elektromobilität, die Union täte gut daran, dies frühzeitig anzuerkennen. Ein bundesweites **Tempolimit** spart nicht nur verlässlich Emissionen ein, es erhöht zudem die Verkehrssicherheit und schützt Leben.

Besonders kritisch bewerten wir die geplante nationale Anrechnung im Ausland erbrachter Klimaschutzleistungen, weil sie das Minderungspotenzial im globalen Süden gefährdet und den ohnehin zu geringen deutschen Beitrag zum internationalen Klimaschutz weiter zu senken droht. **Die Verantwortung für Klimaschutz darf nicht abgeschoben werden.**



SPD Was plant die SPD?

„Aus Respekt vor der Zukunft“ – der Titel des Wahlprogramms der SPD verspricht viel für den Klimaschutz. Bis spätestens 2045 sollen Leben, Arbeiten und Wirtschaften keine negativen Auswirkungen mehr auf das Klima haben.

Der Schwerpunkt der sozialdemokratischen Klima- und Energiepolitik liegt im Ausbau der Erneuerbaren Energien, sodass der Strom in Deutschland spätestens bis zum Jahr 2040 vollständig daraus bezogen werden kann. Dafür brauche es ein Jahrzehnt des entschlossenen Ausbaus von Solar, Wind und Geothermie und mehr Tempo beim Ausbau der Stromnetze, Bahnstrecken, Wasserstoffleitungen, der Batteriezellenfertigung und Ladesäulen für Elektroautos. Hier entstehen für die Sozialdemokraten auch neue Geschäftsfelder und Arbeitsplätze. Klimaschutz sei die soziale Aufgabe der kommenden Jahrzehnte. Am Ausbau möchte die SPD die Bürger:innen vor Ort durch Energiegenossenschaften beteiligen und einen Zukunftspakt zwischen Bund, Ländern, Kommunen und kommunalen Spitzenverbänden schließen.

Von der Energiewende vor Ort sollen alle profitieren können. Der Mieterstrom und gemeinschaftliche Eigenversorgung sollen gestärkt und nachhaltige Stromanleihen aufgelegt werden. Alle geeigneten Dächer öffentlicher Gebäude und Gewerbeliegenschaften erhielten Solaranlagen. Die EEG-Umlage soll bis 2025 abgeschafft und u.a. aus den Einnahmen der CO₂-Bepresung finanziert werden.

Der geplante Anstieg des CO₂-Preises soll für weitere sozial gerechte Ausgleichsmaßnahmen sorgen. Einen Pro-Kopf-Bonus werden die Sozialdemokraten prüfen. Bis 2030 soll Deutschland zum Leitmarkt für Wasserstofftechnologien werden.

Bahnfahren soll europaweit günstiger und attraktiver als das Fliegen werden. Die Sozialdemokraten machen sich für ein Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen stark. Dem European Green Deal widmet das Zukunftsprogramm der SPD nur wenige Zeilen.



SPD Die WWF-Bewertung

Die Sozialdemokraten haben ihr klimapolitisches Profil an wichtigen Punkten geschärft.

Das zeigt der starke und richtige Fokus auf den schnellen Ausbau von Sonne, Wind und Geothermie als nachhaltige erneuerbare Energien und der dazugehörigen Infrastrukturen, ebenso wie die Beteiligung der Bürger:innen an der Energiewende vor Ort samt Zukunftspakt für verbindliche Ausbauziele. Denn ohne den beschleunigten Ausbau von Wind und Solar wird kein Sektor seine Ziele erreichen können – vom Verkehr bis zur Industrie.

Doch auch für die SPD gilt: Wasserstoff ist nur dann emissionsfrei, wenn die Herstellung vollständig auf Basis erneuerbarer Energien stattfindet. Andernfalls droht eine gefährliche Verlängerung fossiler Emissionsstrukturen. Die angestrebte Solarpflicht sollte über den Bereich der öffent-

lichen Gebäude hinausreichen. **Andere konkrete Ankündigungen für das Erreichen der klimaneutralen Welt von morgen kommen allerdings noch zu kurz.** Trotz Bekenntnis zur Zukunft des elektrischen Antriebs fehlen klare Aussagen zum notwendigen Auslaufen des Verbrenners.

Und: Wer Europa so viel Respekt zollt, sollte sich auch klar für ein ambitioniertes Klimapaket der EU aussprechen und dafür sorgen, dass Deutschland künftig eine konstruktive Rolle in der Umsetzung des European Green Deals einnimmt. **Die SPD verpasst es jedoch, das Potenzial des European Green Deal als europäische Nachhaltigkeitsstrategie in ihrem Programm für die erfolgreiche sozial-ökologische Transformation Deutschlands und der europäischen Partner gewinnbringend zu nutzen.**



FDP Was plant die FDP?

Die FDP sieht in Forschung, Wissenschaft, Innovationen und Ideen den Antrieb für Klimaschutz und bezahlbare Energien. Mit dem Erfindungsgeist in Technik und Wissenschaft könne Klimaschutz marktwirtschaftlich und wissenschaftlich sicher erreicht werden.

Den Emissionshandel wollen die Freien Demokraten schnellstmöglich auf alle Sektoren und geografisch ausweiten. Zum Schutz der deutschen Unternehmen vor Wettbewerbsverzerrungen müsse das Ziel ein über den europäischen Emissionshandel hinaus international abgestimmtes Vorgehen beim Klimaschutz mit einem einheitlichen CO₂-Preis für alle sein. Beendet sei der Weg erst, wenn alle Emissionen weltweit einen einheitlichen marktwirtschaftlichen CO₂-Preis hätten. Bis zum globalen CO₂-Zertifikatehandel will die

FDP die EU darin unterstützen, eine WTO-konforme Weiterentwicklung des „Carbon Leakage“-Schutzes einzuführen.

Um die sozialen Kosten des Klimaschutzes abzumildern, wollen die Freien Demokraten eine jährliche pauschale Klimadividende an alle Bürger:innen auszahlen und die Energiebesteuerung drastisch absenken. Im Zuge höherer staatlicher Einnahmen, die sich aus den steigenden Preisen für die Verschmutzungszertifikate ergeben, möchte die FDP die EEG-Umlage abschaffen.

Auch beim Verkehr lauten die Schlagworte: Innovationen, funktionierender Emissionshandel, moderne Infrastruktur und technologieoffene Politik. Die FDP positioniert sich gegen pauschale Verbote von Verbrennungsmotoren. Der Bahnbetrieb müsse privatisiert, die Luftverkehrssteuer abgeschafft und das Wasserstraßennetz ausgebaut werden. E-Mobilität sei Teil des Mobilitätsmixes der Zukunft. Sie müsse ohne Subventionen, allerdings mit einem freieren und transparenteren System der Ladestromanbieter Fahrt aufnehmen.

International wollen die Freien Demokraten Treibhausgasreduktionen durch die Finanzierung von Projekten in anderen Ländern auf die eigenen Klimaziele anrechnen lassen.



FDP Die WWF-Bewertung

Die Freien Demokraten präsentieren in ihrem Wahlprogramm einen marktzentrierten Klimaschutz. Marktinnovationen bestimmen das Feld der Klima- und Energiepolitik der Partei.

Ein Policy- oder Instrumenten-Mix, der notwendige Investitionen mobilisiert und absichert, fehlt im Programm der FDP vollständig. Wer Innovationen so betont wie die FDP, muss sich darüber bewusst sein, dass der CO₂-Preis und die eindimensionale Ausrichtung auf die Integration aller Emissionsquellen in den Emissionshandel bei weitem nicht genügend Schwung für den Einsatz neuer Technologien hervorbringen. Er führt außerdem bei den dann gebotenen Höhen ohne flankierende Instrumente zu sozialen Verwerfungen.

Zudem stehen die notwendigen Technologien für effektiven Klimaschutz zum Großteil bereits zur Verfügung, es bedarf ihrer konsequenten Anwendung und nicht der bloßen Ankündigung von Klimaschutzmaß-

nahmen. **Der Einsatz synthetischer Kraftstoffe in Verbrennungsmotoren ist aus klima- und energiepolitischer Sicht kaum zu rechtfertigen** und die FDP wäre besser beraten, hier auf die weitgehende Elektrifizierung des Verkehrssektors und der dazugehörigen Infrastruktur zu bauen.

Dass die Freien Demokraten Minderungsverpflichtungen durch Anrechnung von Klimaschutzmaßnahmen in Ländern des globalen Südens auslagern will, ist äußerst kritisch zu betrachten. Wenig Bedeutung misst die FDP der EU als größtem weltweiten Binnenmarkt bei, eine klaffende Lücke.

Der European Green Deal als europäischer Wirtschafts- und Jobmotor auf dem Weg zur Klimaneutralität fehlt in Programm der FDP vollkommen.



Die Linke **Was plant Die Linke?**

Die Linke kündigt in ihrem Programm einen sozialökologischen Systemwechsel an. Die Partei steht mit dem Ziel der Klimaneutralität bis 2035 an der Seite der Klimabewegung. Konsequenter Klimaschutz und Klimagerechtigkeit bedeuten für die Linke auch ein Ende der Kohleverstromung bis spätestens 2030. Die genannten Ziele sollen in einem Klimaschutzgesetz festgeschrieben werden und ihre Erreichung durch Förderprogramme und staatliche Infrastrukturprogramme unterstützt werden.

Der Zubau an erneuerbaren Energien müsse stetig gesteigert und das EEG strukturell reformiert werden. Bis 2025 will die Linke pro Jahr mindestens 10 GW Photovoltaik und 7 GW Windenergie an Land sowie 2 GW auf See installieren.

Der Einsatz von Wasserstoff ist auf „grünen“ – also mittels Ökostrom hergestellten – Wasserstoff zu beschränken und nur dort einzusetzen, wo keine Alternativen zur Verfügung stehen, wie etwa in der chemischen Industrie oder der Stahlerzeugung. Wasserstoffimporte aus den Ländern des Globalen Südens lehnt die Linke ab, solange sie ihren Eigenbedarf nicht aus Ökostrom decken können. Spätestens ab 2030 sollen keine Pkw mit Verbrenner mehr neu zugelassen oder exportiert werden.

Klimaschutz soll zum Grundrecht ernannt und in die Verfassung aufgenommen werden. Energiekonzerne will die Linke entmachten. Energie gehöre in Bürgerhand und sollte öffentliches oder genossenschaftliches Eigentum werden.

Mit einem bundesweiten Klimacheck aller Gebäude bis 2025 und verbindlichen gebäudescharfen Stufenplänen will die Linke den Weg ebnen für einen klimaneutralen Gebäudebestand bis 2035. Der Emissionshandel ist für die Linke kein Instrument für wirksamen Klimaschutz.

Der European Green Deal geht der Partei nicht weit genug. Sie fordert eine weitreichende Reform und einen sozialen und ökologischen Systemwechsel, der den Umbau der Wirtschaft mit massiven öffentlichen Investitionen in gute Jobs, klimaneutrale Produktion und Infrastruktur schafft.

Unter Klimaneutralität versteht die Linkspartei auch internationale Klimagerechtigkeit, unter der Deutschland sein CO₂-Budget nicht überziehen oder sich in anderen Ländern freikaufen darf.



Die Linke

Die WWF-Bewertung

Die Linke geht mit dem ehrgeizigsten Klimaneutralitätsziel in den Wahlkampf. **Deutschland soll bereits bis 2035 klimaneutral werden.** Ein ambitioniertes Ziel.

Positiv ist zudem, dass die Partei ihr Wahlprogramm bei weitem nicht nur auf Marktmechanismen reduziert, sondern Ordnungsrecht und öffentliche Investitionen in Klimaschutz und Infrastrukturen in den Fokus rückt.

Die konsequente Umsetzung des vielseitigen Maßnahmenmix hat das Potential, den Klimaschutz in Deutschland deutlich voranzubringen.

Zum Anspruch sozial und klimagerecht gehört jedoch auch, dass das Verursachen von Emissionen einen entsprechend ausgestalteten Preis hat. **Hier bleibt eine Leerstelle.**



Bündnis 90 / Die Grünen



Was plant Bündnis 90/Die Grünen?

Bündnis 90/Die Grünen kündigen an, das nationale Klimaschutzgesetz zu überarbeiten und das deutsche Klimaziel auf 70 Prozent bis 2030 anzuheben. Zudem wollen sie sich dafür einsetzen, den Kohleausstieg bis 2030 zu vollenden.

Ein höherer CO₂-Preis von 60 Euro soll schon ab 2023 gelten und der weitere CO₂-Preisanstieg das Erreichen des Klimaziels mit absichern. Einnahmen aus dem CO₂-Preis möchten die Grünen sozial gerecht an die Bürger:innen zurückgeben – durch Senkung der EEG-Umlage und ein neues Energiegeld, das jede:r Bürger:in erhalten soll.

Die Verpflichtungen des Pariser Abkommens wollen die Grünen im Grundgesetz verankern. Genehmigungsverfahren sollen künftig eine Klimaverträglichkeitsprüfung unterlaufen und Gesetze an ihrer Vereinbarkeit mit den Klimazielen und Klimaauswirkungen gemessen werden.

Windenergieanlagen an Land sollen jährlich und flächendeckend um mindestens 5 GW ausgebaut und alte Anlagen zügiger ersetzt werden. Eine Million neue Solardächer in den nächsten vier Jahren setzt sich die Partei zum Ziel. Statt Ackerland sollen versiegelte Flächen neben Autobahnen oder Schienen für mehr Photovoltaik in Deutschland genutzt werden.

Kapazitäten zur Wasserstoffherstellung wollen die Grünen zwar schaffen, Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe aber nur dort einsetzen, „wo sie wirklich gebraucht werden“, wie etwa im Flugverkehr. Auch importierter Wasserstoff dürfe nur aus erneuerbaren Quellen stammen.

Ein Ende der Dieselsubvention und eine Dienstwagenbesteuerung mit schärferen europäischen CO₂-Flottengrenzwerten stehen für mehr nachhaltige Mobilität. Umweltschädliche Subventionen im Flugverkehr und Finanzhilfen für unwirtschaftliche Regionalflughäfen wollen die Grünen beenden. Kurzstreckenflüge sollen bis 2030 überflüssig werden.

In Europa wollen sie sich für eine ambitionierte Ausgestaltung und eine ehrgeizige Umsetzung des European Green Deal einsetzen und die Reform des Europäischen Emissionshandels voranbringen. Europäische Handelsverträge sollen verbindliche und durchsetzbare Umwelt- und Sozialstandards enthalten.



Bündnis 90 / Die Grünen



Die WWF-Bewertung

Die Grünen haben ein erwartungsgemäß ambitioniertes und fachlich ausgereiftes Wahlprogramm für den Umwelt- und Klimaschutz und sind damit auf einem guten Weg, die enorme Umsetzungslücke beim Klimaschutz zu schließen. **Gut ist vor allem das Bekenntnis zu einem 1,5°C Pfad und die Stärkung des Erneuerbaren Ausbaus in Kombination mit einem wirksamen, sozial ausgestalteten CO₂-Preis.**

Auch der Einsatz für einen integren Emissionshandel und CO₂-Standards für Autos auf EU-Ebene sind zielführend.

Es wird nun darauf ankommen, im Wahlkampf und in möglichen Koalitionsverhandlungen an dieser grünen Linie festzuhalten. Auch sollten die Grünen, etwa bei der Festlegung einer umfassenden Bund-Länder-Strategie zum Ausbau der Wind- und Solarenergie, nachschärfen.

A vibrant meadow filled with various wildflowers. In the foreground, several tall, thin stems with clusters of bright yellow flowers stand out. Interspersed among them are numerous smaller, light blue flowers. The background is a soft-focus field of similar plants, creating a sense of depth and natural abundance. The overall scene is bright and colorful, representing a rich ecosystem.

WWF ZUKUNFTSWAHL-CHECK: BIOLOGISCHE VIELFALT



WWF Zukunftswahl-Check: Biologische Vielfalt Wie biodiversitätsfit sind die Parteien in Deutschland?

Bis zu eine Million Arten sind vom Aussterben bedroht. **Der Schutz der biologischen Vielfalt muss deshalb endlich zur politischen Querschnittsaufgabe werden.** In den laufenden Prozessen zur Verabschiedung eines neuen globalen politischen Rahmens zum Erhalt der biologischen Vielfalt braucht es eine starke Rolle Deutschlands mit einer Zusage zur finanziellen Unterstützung, die dieser Aufgabe angemessen ist. **Auf Grundlage der planetaren Grenzen und deren Einhaltung muss ein fundamental neuer Kurs sowohl in der Politik als auch im Wirtschafts- und Finanzsystem Einzug halten.**

Damit Vielfalt auch in unserem Land auf Wiesen und Äcker zurückkehrt, brauchen wir einen Wandel des Landwirtschafts- und Ernährungssystems, das u. a. gesellschaftliche Leistungen statt Fläche belohnt und die Auswirkungen unserer Ernährung auf die Umwelt und das Klima deutlich reduziert. **Die vielfältigen Lebensräume der Meere sowie die marine Artenvielfalt müssen langfristig vor schädigenden Eingriffen bewahrt werden.** Der WWF fordert die nächste Bundesregierung auf, Gewässer und Grundwasser zu schützen und die Europäischen Wasserrahmenrichtlinie endlich umzusetzen.



CDU/CSU

Was planen CDU/CSU?

Als „Überlebensfragen der gesamten Menschheit“ betrachtet die CDU/CSU den Schutz von Klima, Artenvielfalt und unseren Wäldern. Auf nationaler Ebene wollen die Unionsparteien eine **Biodiversitätsstrategie** vorlegen, die sich an den Zielen der Europäischen Biodiversitätsstrategie und dem Übereinkommen über die biologische Vielfalt (CBD) orientiert.

Landwirtschaft verdiene mehr Wertschätzung und brauche mehr Wertschöpfung. Sie soll „aus dem Hamsterrad der permanenten Effizienzsteigerung unter Industriebedingungen“ befreit und beim ökologischen Wandel verlässlich begleitet werden. Dazu wollen die Schwesterparteien neue Einkommensmöglichkeiten für Bäuerinnen und Bauern erschließen. Die Partei will gute Rahmenbedingungen für gesundheitsförderliche, ausgewogene, nachhaltige **Ernährung** schaffen und der Nationalen Strategie zur Reduzierung der **Lebensmittelverschwendung** mehr Nachdruck verleihen.

Und die **Forstwirtschaft**? Die Union plant die Einführung einer CO₂-Bindungsprämie für nachweislich nachhaltig bewirtschaftete Wälder, um die „Klimaleistung des Waldes aus den Mitteln des Emissionshandels angemessen, dauerhaft und verlässlich zu honorieren.“

Das Unions-Programm stellt den **Schutz der Ost- und Nordsee sowie des Wattenmeeres** „gemäß der Europäischen Biodiversitätsrichtlinie unter Berücksichtigung der Fischerei“ in Aussicht. Die Schwesterparteien setzen auf internationale Zusammenarbeit gegen die Meeres- und Umweltverschmutzung.

Regionale Kreisläufe sollen die Versorgung mit ausreichend **Wasser** sichern, Aufklärungskampagnen und modernes Management „das Allgemein-gut Wasser schützen“. Auch gegen die Verunreinigung der Gewässer mit Spurenstoffen, Mikroplastik und Medikamenten will die CDU/CSU mit Dialog und Prävention vorgehen. Insgesamt sollen die Vorgaben der Wasser-rahmenrichtlinie das politische Handeln leiten.

Die Unionsparteien wollen naturnahe Binnen- und Außendeiche und Auen zur **Hochwasserprävention** fördern und freifließende Flüsse mit natürlichen Flussläufen zu Referenzflüssen bestimmen. Über das Konzept von Schwammstädten, die das Versickern von Regenwasser begünstigen, soll eine bessere Widerstandsfähigkeit gegen Dürren erreicht werden.



CDU/CSU

Die WWF-Bewertung

Im Grundsatz ist die Feststellung der CDU/CSU korrekt, dass die Erhaltung der biologischen Vielfalt eine Überlebensfrage der gesamten Menschheit sei.

Umso auffälliger ist es, dass die Partei aus dieser Einsicht keine hinreichend konkreten Konsequenzen zieht: **Maßnahmen zum Stopp des rasant fortschreitenden Biodiversitätsverlusts bleiben hier ebenso Leerstellen wie Zusagen für eine Biodiversitätsfinanzierung.** Eine neue nationale Biodiversitätsstrategie darf sich außerdem nicht nur an der Europäischen Biodiversitätsstrategie orientieren, sie muss dieser mindestens ausnahmslos folgen.

Das Programm adressiert nur unzureichend die pressierenden Probleme in der Landwirtschaft. **Es entsteht der Eindruck, dass die Union den allseits bekannten Lösungen ausweicht und suggeriert, dass Innovation, z. B. durch Digitalisierung und Züchtungstechnologien, schon den großen Wandel bringen werde.** Auch der Artenschutz in der Agrarlandschaft bleibt ein Nebenschauplatz. Ausführlicher sind die Passagen zur Ernährung und im Umgang mit Lebensmittelverschwendung geraten. Doch anstatt ein ernährungspolitisches Gesamtkonzept erreichen zu wollen, wird die Verantwortung für die ökologische Ernährungswende erneut auf den Schultern der Verbraucher:innen abgeladen.

Die Aussagen zum Umgang mit dem Wald gleichen eher einer „Bilanz an guten Taten“. Der Vorschlag zur Einführung einer CO₂-Bindungsprämie wirft die Fragen nach deren Umsetzbarkeit auf, soll sie mehr sein als ein pauschales Flächenförderinstrument für Waldbesitzer.

Der Meeresschutz bleibt nur Randnotiz; kein Wort im Programm zu nachhaltiger Fischerei oder zum internationalen Meeresschutz. **Positiv zu werten ist hier aber die explizite Nennung des Schutzes des Wattenmeeres.** Ausführlicher werden die Schwesterparteien beim Umgang mit dem wertvollen Gut Wasser. Ihm widmet die Union ein ganzes Kapitel und **bekannt sich klar zur Europäischen Wasser-rahmenrichtlinie.**



SPD Was plant die SPD?

Ihr Bekenntnis für Biodiversitätspolitik knüpft die SPD an die Forderung, dass auf der kommenden Weltbiodiversitätskonferenz (CBD COP 15) „ein neuer ambitionierter globaler Rahmen für die biologische Vielfalt verabschiedet werden“ müsse. Dieser Rahmen werde maßgeblich beeinflussen, wie gesund Mensch, Tier und Natur in Zukunft sein werden. Für den **Erhalt der Artenvielfalt müsse Deutschland seine finanziellen Anstrengungen global verdoppeln**. Bis 2030 sollen **mindestens 30 Prozent der Landfläche und 30 Prozent der Meeresgebiete unter Schutz gestellt** sein, mindestens ein Drittel davon unter strengem Schutz.

Die SPD misst der **Landwirtschaft** bei der **Bekämpfung der Klimakrise und dem Erhalt der Artenvielfalt** eine **zentrale Rolle** bei. Sie will eine umweltschonende und wettbewerbsfähige Landwirtschaft fördern. Als Lebensgrundlage für Landwirt:innen müssten **Nahrungsmittel faire Preise** haben. Unfairen Handelspraktiken will die SPD „einen Riegel vorschieben“ und sich für anständige Löhne und gute Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in Land- und Fortwirtschaft einsetzen, die auch für Wanderarbeiter:innen in Saisonbetrieben gelten müssen. **Den Boden als wichtigstes Gut stellt die SPD unter Spekulationsschutz**. Die Partei will eine gesunde und nachhaltige **Ernährung** für alle ermöglichen und verbindliches staatliches Label für nachhaltige Produkte entwickeln. Um die Lebensmittelverschwendung einzudämmen, plant die SPD eine gesetzliche Regelung, die es Produzenten und dem Handel untersagen würde, genießbare Nahrungsmittel wegzuworfen.

Gegen Klimakrise, Plastikflut und die Übernutzung der Meere planen die Sozialdemokraten einen „Blue Deal“, eine Meeresoffensive 2.0. Das „Immunsystem“ von Nord- und Ostsee soll durch Aufbauprogramme wiederhergestellt werden. Munitionsaltlasten aus dem zweiten Weltkrieg sollen Bund und Länder in geteilter finanzieller Verantwortung entsorgen. In ihrem Programm zum Meeresschutz stellen die Sozialdemokraten Geisternetze und Dolly Ropes heraus, die konsequent geborgen und dem Recycling zugeführt werden sollen. Die in der Grundschieppnetzfisherei eingesetzten Dolly Ropes will die SPD europaweit verbieten.

In einer UN-Plastikkonvention will sie staatenübergreifende Maßnahmen gegen die Vermüllung der Weltmeere verbindlich verankern. Vor überhöhten Nährstoffeinträgen in Gewässer soll nach Vorstellung der Partei eine Reduzierung der Tierbestände durch eine stärkere Flächenbindung schützen.



SPD Die WWF-Bewertung

Die SPD bekennt sich sowohl zum Schutz als auch zur Wiederherstellung von Ökosystemen. **Positiv ist, dass ein konkreter Kontext zur UN-Konvention zur biologischen Vielfalt und dem neuen globalen Rahmen für die nächste Dekade hergestellt wird und dabei bereits konkrete Inhalte** genannt werden, die auch der WWF unterstützt. Zum Beispiel starke Umsetzungsmechanismen, die Verbindung zwischen Biodiversität und menschlicher Gesundheit und vor allem die Notwendigkeit ökonomischer Maßnahmen zum Stoppen des Biodiversitätsverlustes.

Besonders begrüßenswert ist die **konkrete Nennung des finanziellen Beitrags Deutschland, auch wenn die beabsichtigte Verdopplung der Mittel auf eine Milliarde Euro im Jahr nicht ausreicht**; nötig wäre hier mindestens eine Erhöhung auf zwei Milliarden Euro im Jahr.

Die agrarpolitische Positionierung der SPD ist insgesamt sehr allgemein formuliert und betont vorwiegend die sozialpolitischen Aspekte der Landwirtschaft. Die Agrarförderung soll so ausgerichtet werden, dass Landwirtschaft Klimakrise bekämpfen, Artenvielfalt erhalten und zugleich wettbewerbsfähig bleiben kann. **Wirklich konkreter wird die SPD jedoch nicht, auch ein ernährungspolitisches Gesamtkonzept ist nur schemenhaft erkennbar und auf den gesundheitlichen Aspekt fokussiert.**

Dafür werden die Sozialdemokraten beim Meeresschutz präziser. Sie werben für einen „Blue Deal“, eine Meeresoffensive 2.0, mit der u. a. der Übernutzung der Meere und dem Klimawandel begegnen wollen. **Schade, dass ein eindeutiges Bekenntnis zur nachhaltigen Fischerei und einer konsequenten Umsetzung bereits bestehender Regularien zum Meeresschutz ausbleibt.** Positiv ist zu bewerten, dass Seegrasswiesen, Algenwälder oder Riffe als natürliche Lösungen im Kampf gegen die Klimakrise explizit genannt werden und die Unterstützung der UN-Konvention gegen Plastikmüll im Meer aufgeführt wird.

Im Kontrast dazu: **Das nahezu nicht vorhandene Bekenntnis für Gewässerschutz.** Weder die Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie noch die jüngst durch ein SPD-Ministerium vorgelegte „Nationale Wasserstrategie“ werden im Programm überhaupt erwähnt.



FDP **Was plant die FDP?**

Die FDP will das Artensterben „bestmöglich verhindern“.

Der Erhalt der Artenvielfalt sei Menschheitsaufgabe und ethische Verpflichtung und „ökologisch, ökonomisch und medizinisch notwendig“, da unzählige Errungenschaften in Technik und Medizin aus der Natur kommen. Das Programm warnt vor invasiven Neophyten, die aufgrund der Globalisierung eine zunehmende Bedrohung der heimischen Ökosysteme darstellen.

Das FDP-Update für die Agrarpolitik sieht vor, dass die **Landwirtschaft von Subventionen und Bürokratie befreit** wird. Die flächenbezogenen Direktzahlungen will die FDP durch „zukunftsichernde Investitionsförderung sowie Forschung“ ersetzen. **Marktwirtschaft soll zum Prinzip für die Preisbildung** landwirtschaftlicher Erzeugnisse „vom Acker bis zum Einzelhandel“ werden und auch für den Welthandel gelten.

Bei der **Ernährung** setzen die Freien Demokraten auf transparente Nährwertinformationen und frühzeitige Ernährungsbildung in Kindertagesstätten und Schulen. Innovationen sollen die **Lebensmittelverschwendung** reduzieren. Der Vertragsnaturschutz ist aus Sicht der Freien Demokraten das „liberalste Instrument“ für mehr Naturschutz.

Die Partei will die Meeresflora als Kohlenstoffspeicher und Klimaregulator schützen und die Meeresforschung ausbauen.

Die Folgen von Klimakrise, Überfischung sowie Verschmutzung und Piraterie stelle eine Gefahr für den größten Lebensraum der Erde dar, heißt es im Programm. Um die Rolle der **Fischerei** für die Welternährung zu sichern, soll sich jegliche Fischerei konsequent an den Grundsätzen der nachhaltigen Entwicklung orientieren. **Dabei seien Umweltverträglichkeit, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Stabilität absolut gleichrangig zu sehen.** Die **Grundschleppnetz-Fischerei** will die FDP beschränken und Fangtechniken artenspezifisch anpassen. Beifang soll angerechnet werden. **Kontrollmaßnahmen wie zum Beispiel eine verpflichtende Kameraüberwachung werden abgelehnt.** Die Freien Demokraten wollen Fischerei in „Offshore-Windparks“ gestatten. Sauberes Grundwasser, Feuchtbiotope sowie intakte Gewässer sind für die kommunale Wasserversorgung, Gesundheit und Artenvielfalt von Bedeutung. Für Einträge, „die immer dort reduziert werden, wo eine Gefährdung vorliegt“, gilt das Verursacherprinzip.



FDP Die WWF-Bewertung

Wer wie die FDP das Artensterben nur „bestmöglich“ verhindern will, ist politisch nicht sehr ambitioniert. Der Erhalt der biologischen Vielfalt ist eine grundsätzliche Notwendigkeit für unser Überleben, für unsere Gesundheit, für unseren Wohlstand, sogar für unsere Sicherheit. Es braucht hohe politische Priorität und großen politischen Willen. Richtig ist, dass invasive Arten vor allem außerhalb Europas ein Treiber des Verlustes biologischer Vielfalt sind. Doch **wenn wir das Artensterben aufhalten wollen, muss erheblich weitergedacht werden als es die FDP tut.** Es fehlen nicht nur grundlegende Aussagen zur Einbeziehung ökologischer Fragen in den übergeordneten politischen und wirtschaftlichen Kurs, sondern auch eine umfassende Nennung konkreter Maßnahmen zum Biodiversitätsschutz. Auch der **Bezug zu aktuellen politischen Prozessen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene fehlt.**

Nach dem Willen der FDP soll Landwirtschaft nahezu vollständig marktbasierend und auch zukünftig exportorientiert stattfinden. In diesen Kontext passen auch die Forderungen nach weniger Bürokratie und einer vollständigen Umwandlung der EU-Agrarsubventionen. **Mit reiner Markt- und Exportorientierung verweigert sich die FDP schon im Grundsatz dem Ziel, die Landwirtschaft nachhaltiger und gesellschaftskonform auszugestalten.** Statt eines Abbaus von EU-Subventionen sollten die Gelder für die gezielte Honorierung von gesellschaftlich geforderten und ökologisch notwendigen Mehraufwendungen eingesetzt werden. Solange es weltweit und auch innerhalb Europas noch immer enorme strukturelle, politische und ökonomische Unterschiede gibt, so lange ist eine allein auf Marktmechanismen beruhende Agrarpolitik ökologisch schädlich und sozial ungerecht.

Um eine Ernährungswende zu erreichen, setzt die FDP allein auf mehr Bildung und die Zulassung von In-vitro-Fleisch in der EU. Auch die Vermeidung der Lebensmittelverschwendung soll allein durch technologischen Fortschritt erreicht werden. Gegen eine Technologieoffenheit ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Sie muss aber verantwortungsvoll erfolgen und mögliche Risiken weitestgehend reduzieren.

Bei der FDP ist die Notwendigkeit zum Schutz der Meere zwar in Umrissen vorhanden; die wirtschaftliche Nutzung steht jedoch nach wie vor deutlich im Vordergrund. Auch der Schutz der gesamten marinen Artenvielfalt zum Erhalt der Gesundheit der Meere samt konkreter Maßnahmen fehlen. Die Forderung, „jegliche Fischerei“ konsequent an den Grundsätzen der nachhaltigen Entwicklung orientieren zu wollen, ist grundsätzlich zu begrüßen, bleibt aber zu unpräzise.

Die Forderung, zukünftig Fischerei in Offshore-Windparks zu ermöglichen, kann vom WWF nicht uneingeschränkt unterstützt werden. Im Gegensatz zur ablehnenden Haltung der FDP gegenüber Kameraüberwachung an Bord von Fangschiffen kann deren gezielter Einsatz eine effektive Kontrolle und Dokumentation der Fänge sicherstellen. **Bei allem Unzureichendem: Der Beitrag der Meere zur Klimawandelminderung wird durch die FDP anerkannt.**

Die Partei bekennt sich zu **Feuchtgebieten** und „intakten Gewässern“, dabei wird aber nicht erkennbar, wie Deutschland den Zielen der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie näherkommen soll.



Die Linke **Was plant Die Linke?**

Den Schutz von Natur und Biodiversität will die Linke in andere Politikbereiche verbindlich integrieren. Sie setzt sich für eine **grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik** ein, damit bereits ab der kommenden Förderperiode Direktzahlungen an Umwelt- und Sozialkriterien und den Tierschutz gebunden sind. Unabhängig von ihrer Größe oder Ausrichtung sollen nur Betriebe, die diese Vorgaben nachweisbar erfüllen, Geld erhalten.

„Glyphosat und Neonikotinoide müssen verboten werden“, heißt es im Programm. Die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln soll streng geregelt werden. In der EU nicht zugelassene Pestizide darf Deutschland dann weder produzieren noch exportieren. Vorgesehen ist, dass eine „ambitionierte Pestizidreduktionsstrategie“ die Agrarbetriebe beim Umbau zu umweltfreundlichem Ackerbau unterstützt. **Den Nationale Aktionsplan Pflanzenschutz will die Linke wirkungsvoll umgestalten.** Die heimische Produktion von Tierfutter soll durch regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen gestärkt werden. Außerdem will die Linke Anbausysteme wie Ökolandbau, Paludikulturen, Terra Preta oder Agroforst stärken. Für die **Tierhaltung** sollen Bestandsobergrenzen gelten. Die Partei will ein **Recht auf bezahlbare und gesunde Nahrung** und Ernährungssouveränität für alle einführen und **regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen stärken.**

Sie fordert eine Meeresoffensive gegen Überfischung und für den effektiven Schutz mariner Arten und Lebensräume. Meeresschutzgebiete müssen ausgebaut und mindestens 50 Prozent davon aus der wirtschaftlichen Nutzung genommen werden. Die Natura-2000-Gebiete in Nord- und Ostsee sollen „frei von Fischerei, militärischer Nutzung, Ressourcenabbau und sonstigen wirtschaftlichen Eingriffen sein.“ Dafür ist eine entsprechende finanzielle wie personelle Aufstockung vorgesehen. Alternative Fangmethoden zu Schleppnetzen und lebensraumschädlichen Methoden will die Linke fördern. Darüber hinaus will sie die **Wasser-rahmenrichtlinie** vorantreiben, das Bundesprogramm „**Blaues Band**“ weiterführen und ein Rücknahmesystem für Medikamente einführen. Auenflächen sollen erhalten bleiben. Der Eintrag von Düngemitteln, Pestiziden und Arzneimitteln soll zurückgehen.



Die Linke

Die WWF-Bewertung

Die Linke erkennt an, dass Biodiversität zur politischen Querschnittsaufgabe werden muss, denn nur so lassen sich die vielfältigen Treiber des Biodiversitätsverlustes, die vor allem auch in unseren Wirtschaftssektoren stecken, wirksam adressieren. Interessant wäre hier- nach gewesen, wie die Partei dies mit entsprechenden Maßnahmen in den politischen Ressorts und wirtschaftlichen Sektoren konkretisieren würde.

Leider fehlen dem Programm konkretere Aussagen zur Umstellung auf eine naturfreundliche Wirtschaftsweise sowie zu Fragen der Finanzierung des Biodiversitätsschutzes. Auch fehlt der Bezug zur internationalen Ebene und den dort laufenden Prozessen zur Verabschiedung eines neuen globalen politischen Rahmens zum Erhalt der biologischen Vielfalt.

Dagegen sind sowohl die agrarpolitische Positionierung der Partei als auch die inhaltlich umfassenden Ausführungen zum Meeresschutz und die klare Forderung nach einer Meeresoffensive ausdrücklich zu begrüßen. Unklar bleibt allerdings, wie eine Ernährungswende und die Reduzierung der Lebensmittelverschwendung erreicht werden sollen. **Beim Gewässerschutz bleibt die Linke vage.** Zwar will die Partei die Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie vorantreiben, jedoch ohne Wege der Zielerreichung zu benennen. So ergeht es auch dem Bekenntnis zum Bundesprogramm »Blaues Band«.

Die Wiedergewinnung von Auen und der ökologische Hochwasserschutz werden im Programm ebenso wie der notwendige Wasserrückhalt in der Landschaft nicht adressiert.



Bündnis 90 / Die Grünen



Was plant Bündnis 90/Die Grünen?

Leitprinzip grüner Politik sind die Grenzen unseres Planeten, der kein unendliches Wachstum zulässt. Um das Artensterben als „zweite große ökologische Krise“ einzudämmen, wollen sie vor allem zu einer anderen ökologischen Landnutzung kommen, die tiergerecht, frei von Gentechnik und chemisch-synthetischen Pestiziden ist. **Ziel sind 30 Prozent Ökolandbau bis 2030.** Mehr Agrarforschung soll den geplanten Ausbau unterstützen. Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU sehen die Grünen als ein Instrument an, das öffentliche Leistungen wie Klima-, Umwelt- und Tierschutz mit öffentlichen Mitteln belohnt und Regionalität stärkt. Eine Gemeinwohlprämie soll künftig das System der Direktzahlungen ablösen. Bis zum Jahr 2028 soll „für mindestens die Hälfte der Gelder eine ökologische Zweckbindung“ erreicht sein. **Die Grünen planen eine systematische Pestizidreduktionsstrategie mit Pestizidabgabe und Monitoring sowie ein Sofortverbot für besonders umwelt-toxische Wirkstoffe und Glyphosat.** Die Ausbringung von Pestiziden in Natur- und Trinkwasserschutzgebieten wird untersagt, ebenso der Export von Pestiziden, die in Deutschland oder der EU verboten sind. Zulassungsverfahren wollen die Grünen transparenter und unabhängiger gestalten. Länder und Kommunen erhalten durch ein Forschungs- und Beratungsprogramm für nicht chemisch-synthetischen Pflanzenschutz Unterstützung bei der Umstellung. Auch der Einsatz von Antibiotika in der landwirtschaftlichen Tierhaltung soll deutlich zurückgehen. **Die Partei will eine Änderung des Ernährungssystems erreichen und ein Rettet-die-Lebensmittel-Gesetz mit verbindlichen Reduktionszielen einführen.**

Die Grünen sehen sich in der Verantwortung für einen ökologisch stabilen Wald mit einem intakten Wasserkreislauf und den ökologischen Zustand aller Wasserstraßen. Für eine naturnahe Waldbewirtschaftung fordern sie gesetzliche Mindeststandards. Im

Meeresbereich verfolgt die Partei eine gemeinsame internationale Meeresstrategie und will sich dafür einsetzen, den Schutz der Meere über verbindliche Abkommen zu schärfen und Vollzugsdefizite und Regellücken zu schließen. **Hinzu kommen das Bekenntnis für eine UN-Konvention gegen Plastikmüll im Meer.**

Die Grünen wollen u. a. die Überfischung beenden und die Umstellung der Fischerei auf umwelt-, klima- und artenschonende Fangmethoden erreichen. Dazu gehöre auch „ein schnellstmöglicher Ausstieg aus der klima- und umweltschädlichen Grundschleppnetzfisherei und eine naturschutzgerechte Regulierung von Stellnetzen“. Um ökologische Fischerei und Aquakultur auskömmlich zu honorieren, soll eine verbindliche und für die Verbraucher:innen transparente Kennzeichnung eingeführt werden. Für lebendige Weltmeere seien zudem die Umsetzung der EU-Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie, ein Tiefseebergbaumoratorium sowie die Ausweisung von großflächigen nutzungsfreien Meeresschutzgebieten überlebensnotwendig.

Eine Renaturierungsoffensive soll den maroden Zustand der Gewässer verbessern. „Naturnahe Bäche und die letzten frei fließenden Flüsse wie die Elbe müssen erhalten bleiben, einen Ausbau der Oder lehnen wir ab, das gilt auch für die Tideelbe“, so das Programm. Gegen Flussvertiefungen wollen die Grünen mit einem Moratorium vorgehen. Maßnahmen, die den ökologischen Zustand der Fließgewässer verschlechtern, sollen gemäß EU-Recht verboten werden.

Gegen Dürre und Hochwasser wirken Programme für wilde Bäche, naturnahe Flüsse, Seen, Auen und Feuchtgebiete wie das Blaue Band. Die Grünen wollen diese stärken, die EU-Wasserrahmenrichtlinie konsequent umsetzen und die Aufgaben der Bundeswasserstraßenverwaltungen nach ökologischen Kriterien neu ausrichten.



Bündnis 90 / Die Grünen



Die WWF-Bewertung

Das nötige Ambitionsniveau beim Schutz der Biodiversität haben Bündnis 90/Die Grünen formuliert: **Besonders positiv ist das Versprechen, die planetaren Grenzen zum Leitprinzip der Politik zu machen und unser Wirtschaften an den Grenzen eines endlichen Planeten auszurichten.** Zurecht wird das **Artensterben als zweite große ökologische Krise neben der Erderhitzung** genannt. **Was jedoch im Anschluss fehlt, sind konkrete Lösungen und die Benennung von Maßnahmen,** wie Wirtschaften in planetaren Grenzen und der Stopp des Artensterbens genau erreicht werden sollen.

Positiv ist das Versprechen, sich global für ein ambitioniertes Abkommen der Vereinten Nationen zum Erhalt der biologischen Vielfalt einsetzen zu wollen sowie das Bekenntnis, die UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) zu den Leitprinzipien ihrer Politik machen zu wollen. Für die internationale Ebene fehlen jedoch konkretere Maßnahmen zur Verabschiedung und Umsetzung der neuen Biodiversitätsziele. Zudem trüben die fehlenden Zusagen für die unbedingt notwendige Erhöhung für die Biodiversitätsfinanzierung das Bild. **Hier sind die Grünen nicht konsequent genug, wenn sie das Artensterben als zweite große ökologische Krise anerkennen wollen.**

Im Programm wird deutlich: Ernährung und Landwirtschaft liegen den Grünen am Herzen, denn das Wahlprogramm orientiert sich an den dringenden Notwendigkeiten: **30 Prozent Öko-Landbau bis 2030 oder die Halbierung des Pestizid- und Antibiotika-Einsatzes sind wichtige Zielmarken, die der WWF bereits fordert.** Nur bei der ökologischen Zweckbindung darf es ruhig ein wenig mehr sein. Die Grünen fordern bis 2028, die Hälfte der EU-Gelder mit einer ökologischen Zweckbindung zu versehen – angesichts der enormen Herausforderungen sollte der Anteil steigen, um in der übernächsten Förderperiode ab 2028

alle pauschalen Direktzahlungen durch vollständig zweckgebundene Zahlungen zu ersetzen – für Klima-, Arten- und Ressourcenschutz, mehr Tierwohl und faire Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft.

Die Partei hat zudem erkannt, dass nur ein ernährungspolitisches Gesamtkonzept Teil der Lösung sein kann, damit die Ernährungsgewohnheiten in Deutschland nicht weiterhin die planetaren Belastungsgrenzen überschreiten. **Als einzige Partei fordern die Grünen, dass alle Menschen in Deutschland Zugang zu gesundem und ökologisch wertvollem Lebensmittel haben sollten und die Attraktivität und Zugänglichkeit vegetarischer und veganer Ernährung für alle Menschen gefördert werden sollte.** Ebenfalls als Einzige schlägt sie **verbindliche Reduktionsziele zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung vor.**

Auch die Stabilisierung des Ökosystems Wald hat für die Grünen oberste Priorität. Nur ökologisch stabiler Wald mit einem intakten Wasserkreislauf garantiert auch künftige Erträge für die Waldbesitzer. Die Forderung nach gesetzlichen Mindeststandards für eine naturnahe Waldbewirtschaftung ist richtig. Denn sie bildet die Grundlage, um Waldbesitzende für übergesetzliche Leistungen zu honorieren.

Beim Schutz der Meere unterlegen die Grünen ihre hohen Ambitionen mit einer Vielzahl von umfassenden politischen Maßnahmen. Etwas vage bleiben die Grünen bei der internationalen Meeresstrategie und den Verantwortlichkeiten der Umsetzung der Meerespolitik auf den verschiedenen Ebenen. Die umfangreichen Antworten zum **Gewässerschutz sind auf der Höhe der Zeit,** unter anderem mit einem spezifischen Programm für wilde Bäche, naturnahe Flüsse, Seen, Auen und Feuchtgebiete als bester Schutz gegen Hochwasser.

An aerial photograph showing a circular island of dense green forest in the middle of a winding river. The river flows around the island, and the surrounding forest is lush and green. A small boat is visible on the river near the island.

WWF ZUKUNFTSWAHL-CHECK: NACHHALTIGES WIRTSCHAFTEN



WWF Zukunftswahl-Check: Nachhaltiges Wirtschaften Wie transformationsfit sind die Parteien in Deutschland?

Wir sagen: Der Planet braucht ein nachhaltiges Finanzsystem! Milliardenbeträge für schädliche Subventionen von Dienstwagenprivileg bis Hektarprämie haben fatale Folgen für Klima und Biodiversität. Sie verzerren Preise, bremsen Innovationen und fördern Chancenungleichheit.

Die nächste Bundesregierung muss private Kapitalflüsse in den Auf- und Ausbau nachhaltiger Wirtschaftsstrukturen lenken – und als Vorbild vorangehen: Für jegliche staatliche Investition und öffentliche Vermögen muss Klimaschutz zum Leitmotiv werden. Eine ganzheitliche Kreislaufwirtschaft ist das Ziel. Weniger neue Produkte, die länger genutzt und weiterverwendet werden, schonen wertvolle Ressourcen und vermeidet wachsende Abfallmengen. Sie ist Voraussetzung für das Erreichen der Klimaziele, zum Schutz der biologischen Vielfalt und der tragende Baustein für ein nachhaltiges Wirtschaften innerhalb der planetaren Grenzen. Die Produktion der Zukunft muss Umwelt und Menschen schützen.



CDU/CSU

Was planen CDU/CSU?

Die CDU/CSU plant zwar eine **Klimaeffizienzreform**, in der energiebezogene Steuern, Umlagen und Entgelte stärker auf den CO₂-Ausstoß ausgerichtet werden sollen, einen **Plan zum Um- und Abbau umweltschädlicher Subventionen sehen die Schwesterparteien jedoch nicht vor**. Deutschland soll zum führenden Finanzstandort für nachhaltige Produkte werden.

Die **Wegwerfgesellschaft** wollen die Unionsparteien **beenden** und **Kreislaufwirtschaften stärken**. Ziel sind Rohstoffe „Made in Germany“. Anreize gegen die Produktion von Abfall und für bessere Möglichkeiten einer stofflichen Wiedernutzung von Recyclingrohstoffen gehören ebenso zum Programm wie der EU-weite zunehmende und verbesserte Einsatz von Rezyklaten, insbesondere im Kunststoffbereich. Hierfür will die Union verbindliche Ziele für den Einsatz von Sekundärrohstoffen prüfen. Das Batterierecycling will die CDU/CSU mit Mehrwegprodukten fördern und Doppelregulierungen sowie Inkonsistenzen abschaffen, die Stoffkreisläufen entgegenstehen. Den Export von Abfällen zur bloßen Entsorgung wollen die Parteien verbieten. Auch die Bauwirtschaft soll in Kreisläufen wirtschaften und dazu mehr heimische Baustoffe wie Sand, Gips, Holz sowie Recyclingmaterial nutzen.

Den Klimaschutz wollen die Schwesterparteien mit Innovationen und neuen Technologien vorantreiben und dabei Unternehmen wie auch Verbraucher:innen unterstützen, in besonders ressourcenschonende digitale Technologien zu investieren. Die **CO₂-Bilanz eines Produktes** soll für Konsumenten sofort zu erkennen sein, um Kaufentscheidungen zu unterstützen.

Auf europäischer Ebene will die CDU/CSU die Standards des deutschen Lieferkettensorgfaltsgesetzes durchsetzen und gleiche Wettbewerbsbedingungen schaffen. Damit Wirtschaftsaufschwung und Wohlstand gesichert sind, dürfe dies aber **keine Neubelastungen für Unternehmen** bedeuten. Der Staat soll nachhaltiger werden und mit gutem Beispiel und dem Ziel einer CO₂-neutralen Bundesverwaltung vorangehen. Dazu zählen die Verwendung von Ökostrom, energetisch sanierte und begrünte Bundesgebäude und weniger Plastikmüll. Öffentliche Beschaffung soll an Nachhaltigkeitsindikatoren ausgerichtet werden. Alle Gesetze sollen künftig eine verbindliche Nachhaltigkeitsprüfung unterlaufen.



CDU/CSU

Die WWF-Bewertung

Eine schwerwiegende Leerstelle im Wahlprogramm der CDU/CSU ist die **fehlende Strategie für den Um- und Abbau umweltschädlicher Subventionen**. Darüber hinaus **verkennt** die Union das **Potential nachhaltiger Finanzen**. Wer unter dem Begriff Sustainable Finance allein nachhaltige Finanzprodukte versteht, unterschätzt diesen wichtigen Hebel für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Finanzwirtschaftliche Akteure werden sich künftig noch stärker an der Finanzierung der Transformation beteiligen. Hierfür brauchen sie einen verlässlichen politischen Rahmen. Wenn privates Kapital in den nachhaltigen Strukturwandel fließt, profitiert die Gesellschaft als Ganzes. Auf diese Weise werden Zukunftsfähigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung gesichert. Hier klafft eine große Lücke.

Die **Ansätze der Union im Bereich der Kreislaufwirtschaft sind positiv zu bewerten**, wie etwa die verbindlichen Einsatzziele für Rezyklate und das Exportverbot von Plastik- und Kunststoffabfällen aus

der EU. Eine umfassende Produkttransparenz in Sachen Herkunft, Langlebigkeit, Entsorgung und zum Design bleibt die Partei dagegen schuldig. Die Abschaffung der Doppelregulierungen und der Fokus auf Deutschland und die EU sind weitere gute Aspekte. Dennoch **fehlt** für ein schnelles Umstellen auf Kreislaufwirtschaft der **ganzheitliche politische Rahmen** mit dazugehörigen klaren Zielvorgaben. Vor allem die Integration von Strategien außerhalb des Abfallmanagements wie Remanufacturing, Reparatur und Sharing sollten unterstützt werden.

Positiv ist das Bekenntnis der CDU/CSU die öffentliche Beschaffung nachhaltig auszurichten. Die Schwachstellen des deutschen Lieferkettengesetzes hinsichtlich der Wirksamkeit will die Partei gar nicht erst beheben und auch bei der anstehenden europäischen Regulierung nicht über die Vorgaben des deutschen Gesetzes hinaus gehen. Entwaldungsfreie Lieferketten sind kein Thema im Wahlprogramm der Schwesterparteien.



SPD **Was plant die SPD?**

Die SPD will den **Umstieg auf klimaschonende Produktionsprozesse** durch staatliche Investitionsförderung und Kostenausgleich unterstützen. Gleichzeitig sollen **klima- und umweltschädliche Subventionen abgebaut** werden. Den Finanzstandort Deutschland will die SPD mit einem Zuwachs an nachhaltigen Staatsanleihen sowie nachhaltig zertifizierten Finanzprodukten noch stärker an den Pariser Klimaschutzziele ausrichten. Auch privates Kapital soll in den Auf- und Ausbau nachhaltiger Wirtschaftsstrukturen fließen.

Wir müssen „raus aus der Wegwerfgesellschaft“, heißt es im Programm und die „Natur respektieren.“ Dazu gehört aus SPD-Sicht Kreislaufwirtschaften, die Eindämmung der Plastikflut und recycelbare Lösungen für unvermeidbaren Einweg-Kunststoff. Um möglichst viel davon aufzubereiten und wiederzuverwenden, will die SPD die Produzenten stärker in die Pflicht nehmen. Deutschland soll außerdem zum Zentrum der Fertigung recycelbarer Batteriezellen werden.

Es sei eine „Kernaufgabe sozialdemokratischer Politik“, gute Arbeit und eine intakte Umwelt weltweit zu stärken. Unternehmen hätten weltweit Sorgfaltspflichten zur Einhaltung von Menschenrechten und Umweltschutz entlang globaler Lieferketten. **Das nationale Lieferkettengesetz sieht die SPD als ihren Erfolg an und stellt seine konsequente Weiterentwicklung in Aussicht.**

Die öffentliche Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen will die SPD so ausrichten, dass sie den Zielen des sozial-ökologischen Wandels dient. Unter anderem sollen Vergabekriterien stärker auf Innovation, Tarifbindung, Geschlechtergerechtigkeit und klimafreundliche Nachhaltigkeit ausgerichtet werden. Auch als Bauherr ist der Staat in seiner Vorbildfunktion gefragt: Straßen und Gebäude sollen bis 2030 immer mehr und ab 2030 ausschließlich aus klimaneutralen Grundmaterialien entstehen.



SPD Die WWF-Bewertung

Der **Abbau klima- und umweltschädlicher Subventionen** findet zwar Erwähnung, allerdings **ohne weitere Angaben, wie** er genau gelingen soll. **Positiv** zu bewerten ist der **Ausstieg aus der Wegwerfgesellschaft**. Hier setzt die SPD auch Akzente für Vermeidung und gegen Verschwendung. Dennoch ist das Programm im Bereich der Kreislaufwirtschaft **nicht umfassend genug**, sondern gleicht einer Sammlung von Einzelthemen mit Fokus auf Recycling von Verpackungen und Batterien. Zielvorgaben für eine echte Kreislaufwirtschaft und die dafür notwendige umfassende Strategie fehlen an dieser Stelle.

Es ist positiv, dass die SPD **privates Kapital für den Auf- und Ausbau nachhaltiger Wirtschaftsstrukturen** mobilisieren will und den Finanzsektor als Motor einer nachhaltigen Transformation sieht.

Allerdings **fehlen konkrete Vorschläge**, wie dies umgesetzt werden soll. Es fehlt außerdem ein Bekenntnis dazu, öffentliches Vermögen im Einklang mit den Zielen des Pariser Abkommens und den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen anzulegen.

Das Bekenntnis zur **Weiterentwicklung** des jüngst beschlossenen **Lieferkettengesetzes begrüßt der WWF**. Details wie die Erweiterung um eine eigenständige Umweltsorgfaltspflicht oder haftungsrechtliche Aspekte bleiben jedoch aus.



FDP Was plant die FDP?

Im Programm der FDP finden sich weder Angebote zu nachhaltigen Finanzen noch zur nachhaltigen Beschaffung.

Im Bereich der Subventionen will sie „Energie bezahlbar machen“ und die EEG-Umlage abschaffen. Das Geld für Förderzusagen aus der Vergangenheit soll aus den Einnahmen der CO₂-Bepreisung kommen. Weil Deutschland die höchsten Strompreise Europas für nahezu alle Verbrauchergruppen habe, planen die Freien Demokraten eine umfassende Reform bei den Umlagen, Steuern und Abgaben auf Energie. So soll die Stromsteuer auf das EU-Mindestmaß gesenkt werden.

Der **Wegwerfgesellschaft begegnet die FDP mit „modernen Recyclingmethoden statt Produktverboten“**. Abfälle sollen zu neuen Rohstoffen werden. Die Freien Demokraten stehen zu einem technologieoffenen Recycling und wollen das chemische Recycling als gleichwertige Möglichkeit und „vielversprechende Technologie“ für Verpackungen zulassen. **Nicht nur Verzicht, sondern auch innovative Wiederverwertungstechnologien schonen aus Sicht der FDP wertvolle Ressourcen.**

Die ökologische Bewertung von Produkten soll sich an **Ökobilanzen** orientieren, um die Umweltwirkung von Produkten transparent und wissenschaftsbasiert auszuweisen. **Kunststoffe begreift die FDP** als vielfältig einsetzbar, günstig und deshalb **zukunftsfähig**. Ihr geringes Gewicht spare etwa CO₂.

Beim Schutz der Menschenrechte setzen die Freien Demokraten auf **„gelebte Eigenverantwortung“ von Unternehmen und Konsumenten**, die die Nachfragemacht und damit großen Einfluss auf die Produktionsbedingungen haben. Auf Unternehmensseite soll die Einhaltung der Menschenrechte mehr Wettbewerbsvorteile und eine höhere Investitionsbereitschaft bringen. Das führt zur Forderung einer einheitlichen europäischen Regelung für die Sorgfaltspflicht in der Lieferkette. Neue zivilrechtliche Haftungsansprüche, Dokumentationspflichten oder bürokratische Hürden dürfen dabei nicht entstehen. Kleine und mittlere Unternehmen will die FDP vor allem bei ihrem Engagement in Entwicklungsländern unterstützen.



FDP Die WWF-Bewertung

Die FDP sieht keine Veränderungen im Bereich der umwelt- und klimaschädlichen Subventionen vor. Ihre geplante **Reform bezieht sich einzig auf bezahlbare Energie. Die Partei hat weder das Potenzial noch die Notwendigkeit von Sustainable Finance bei der Schaffung nachhaltiger Wirtschaftsstrukturen verstanden.** Es ist richtig, dass die Kräfte des Marktes genutzt werden müssen, um die Wirtschaft zukunftsfähig und nachhaltig aufstellen. Allerdings braucht es aus Sicht des WWF einen ermöglichenden regulatorischen Rahmen.

Beim Thema Lieferkette nennt die Partei immerhin alle wichtigen Schlüsselbegriffe, will aber auch hier keine gesetzlichen Verpflichtungen. **Freiwillige Selbstverpflichtungen haben in Bezug auf den Schutz unserer Lebensgrundlagen aber nachweislich nicht funktioniert.** Positiv ist die Orientierung an Ökobilanzen bei der Bewertung von Produkten. Diese dürfen sich in der Ausgestaltung nicht nur auf CO₂ beschränken.

Chemisches und werkstoffliches Recycling gleichzusetzen, birgt die Gefahr, Anreize für werkstoffliches Recycling zu schmälern, das aus WWF-Sicht nach heutigem Kenntnisstand klare Priorität haben sollte. Wirtschaften im Rahmen der planetaren Grenzen sieht die FDP genauso wenig wie zirkuläre Beschaffungsnotwendigkeiten. Wie auch beim Klimaschutz setzt die FDP auf Technologieoffenheit, Wissenschaft und Innovation. **Dem Programm fehlt Gestaltungswille zu einem zukunftsfähigen Wirtschaften, das die Bedürfnisse gegenwärtiger und künftiger Generationen unter Wahrung der Belastbarkeit der Erde befriedigen kann.**



Die Linke

Was plant Die Linke?

Die Linke setzt in ihrem Programm auf einen ökologischen und sozialen Systemwechsel, der die Gesellschaft in Gänze verändern soll. Hierfür will die Partei natur- und umweltschädliche Subventionen abbauen und freiwerdende Gelder in Natur- und Umweltprogramme investieren. Den Fokus im Finanzsektor sieht sie bei gesellschaftlich sinnvollen Kernaufgaben, wie etwa der Absicherung von Ersparnissen. Die Basis eines neuen Finanzsektors sind Sparkassen und Genossenschaftsbanken, die die Linke fördern will, während Investmentbanking als Geschäftsfeld abgewickelt wird. Banken sollen dem Gemeinwohl dienen.

Den Weg aus der **Wegwerfgesellschaft** ebnen **regionale Wirtschaftskreisläufe** sowie eine **Ressourcenverbrauchsabgabe für Primärrohstoffe und Einwegprodukte. Ökodesignvorgaben** für Produkte sollen um zahlreiche Faktoren wie Lebensdauer oder Reparierbarkeit erweitert werden. Das gilt auch für digitale Endgeräte. Nach dem „**Top-Runner-Modell**“ sollen die Geräte mit der längsten Lebensdauer künftig den jeweils neuen Standard setzen. Reparatur und Wiedernutzung müsse Vorrang vor Recycling haben. Mit einem breit angelegten **Pfandsystem** für Elektrogeräte, Batterien, Einwegbecher, Mobiltelefone u.v.m.

möchte die Linke die Sammelquote und Wiederverwertung in allen denkbaren Produktsegmenten erhöhen. Die Abfallvermeidung soll mit klaren Zielen hinterlegt, der Ressourcenverbrauch zurückgefahren und der Plastikflut Einhalt geboten werden. Deutschlandweit gelte es, in jedem Geschäft, für den Versandhandel und zwischen Unternehmen standardisierte Mehrwegsysteme einzuführen. Wo diese einsatzfähig sind, sollen Einwegverpackungen künftig verboten werden.

Die Linke will **gute Arbeitsbedingungen und Umweltschutz entlang der globalen Produktions- und Lieferketten in den Wirtschaftsabkommen** regeln. Das **deutsche Lieferkettengesetz sei zu schwach:** Alle Unternehmen müssen verpflichtet werden, entlang ihrer gesamten Wertschöpfungsketten Menschenrechtsverletzung, Kinderarbeit und Umweltzerstörung auszuschließen. Das beinhaltet eine wirksame Haftungsregel für die Rechte von Betroffenen, die sich gewerkschaftlich organisieren können müssen. Die **Einfuhr seltener Rohstoffe aus Konfliktregionen wird beendet.** Auch für die öffentliche Beschaffung will die Linke strenge sozialökologische Vorgaben mit Sanktionen geltend machen.



Die Linke

Die WWF-Bewertung

Der von der Partei beschriebene ökologisch-soziale Systemwechsel findet in den Konsequenzen nicht in allen Teilen die Zustimmung des WWF; zu konträr sind da die Blicke auf Gesellschaft und Wirtschaft. Der geplante Abbau natur- und umweltschädliche Subventionen und die Nutzung der freiwerdenden Gelder für Natur- und Umweltprogramme ist ein wichtiger und richtiger Schritt auf dem Weg hin zu einem sozialökologischen Wirtschaften in planetaren Grenzen.

Erwartungsgemäß fordert die Linke in ihrem Programm eine große Zahl zusätzlicher Verpflichtungen für Unternehmen. **Besonders positiv zu bewerten sind Mehrwertsteuersenkungen für Reparaturdienstleistungen**, um Anreize für den Erhalt von Produkten zu erhöhen; **Pfandsysteme** für Produkte einzuführen, wo Sammelquoten historisch niedrig sind, und Mehrwegsysteme auszuweiten.

Viele der vorgeschlagenen Maßnahmen stimmen mit dem WWF-Ansatz nicht oder nur bedingt überein. Schlüsselthemen wie der Bausektor, Textilsektor und Querschnittsthemen wie Beschaffung sind gar nicht oder nur eindimensional adressiert. **Insgesamt fehlt auch in diesem Programm für die Kreislaufwirtschaft als Zukunftswirtschaft und Kernthema der neuen Regierung eine übergeordnete Strategie.**

Wir meinen: Wenn Kreislaufwirtschaft Querschnittsthema werden soll, muss sie in allen Politikbereichen fest verankert werden. Hier müssen auch die Linken zügig nachlegen. Darüber hinaus ist der WWF anders als die Linke der Ansicht, dass es notwendig ist, das Finanzsystem und seine Akteure durch kluge Rahmensetzung zu befähigen, die Transformation der Realwirtschaft zu begleiten und zu finanzieren, um Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. **Überaus positiv sind die Bekenntnisse zur Weiterentwicklung verantwortungsvoller und nachhaltiger Lieferketten.**



Bündnis 90 / Die Grünen

Was plant Bündnis 90/Die Grünen?

Mit **Anreizen, ordnungspolitischen Rahmen und dem schrittweisen Abbau umweltschädlicher Subventionen** – von Diesel, über Dienstwagen bis hin zum Flugverkehr – wollen die Grünen **nachhaltiges Produzieren, Handeln und Konsumieren fördern**. Die öffentliche Hand soll sich künftig vollständig aus Investitionen zurückziehen, wenn keine verlässlichen Schritte für eine nachhaltige Transformation der Unternehmen erkennbar sind. Den Bundeshaushalt möchte die Partei klimagerecht aufstellen und für die Ausgaben eine Klimaquote festlegen. Dabei setzt sie auf grüne Anleihen. Öffentlich-rechtliche Banken, Versicherer und Pensionsfonds sowie der Bund müssten eine Vorreiterrolle bei der grünen Finanzwende einnehmen. Alle Anlagen brauchen eine transparente Nachhaltigkeitsbewertung, die Umweltwirkungen, Menschenrechte, Arbeitsnormen und Entwicklungsziele berücksichtigt. Die BaFin erhält eine „robuste ESG-Aufsichtskompetenz“.

Kreislaufwirtschaft soll das neue Normal werden. Ziele der Partei bis spätestens 2050: Ein Ende des Mülls und des geplanten Verschleißes, mehr grüne Jobs in einer neuen europäischen Reparatur- und Recyclingindustrie. Jede Flasche soll künftig in jeden Pfandautomaten passen. Den To-go-Mehrwegbecher möchten die Grünen bis 2025 zum Standard machen. Eine Ressourcenabgabe soll das bisherige Lizenzgeld für Plastikverwertung ersetzen und das Verpackungsgesetz zum Wert-

stoffgesetz für Mehrwegprodukte weiterentwickelt werden. Damit würde nachhaltigen Mehrwegprodukten Vorrang eingeräumt, die Vermeidung von Müll und hochwertiges Recycling unterstützt werden. Das vorgeschlagene „Recht auf Reparatur“ diene der Vermeidung von Elektroschrott. Bis 2030 soll ein digitaler Produktpass bei Unternehmen und Verbraucher:innen für Transparenz in der Kaufentscheidung sorgen und Informationen über Design, CO₂-Fußabdruck, Reparierbarkeit und Materialien zur Verfügung stellen. Zum **Schutz der Meere möchten die Grünen ein international verbindliches Abkommen zum Stopp der Plastikvermüllung** in den Meeren und ein Sofortprogramm zur Müllvermeidung aufsetzen.

Als Kern des **Lieferkettengesetzes** sehen die Grünen eine zivilrechtliche Haftung, auf deren Grundlage Unternehmen im Schadensfall zur Verantwortung gezogen werden können. Auf EU-Ebene soll ein **Importstopp für Agrarprodukte illegaler Entwaldung** entgegenwirken. Die Grünen wollen die **EU-Holzhandelsverordnung stärken** und Strategien zur Reduktion von Palmöl und Soja in Deutschland voranbringen. Die öffentliche Beschaffung soll sich an ökologischen und sozialen Kriterien orientieren und auf die ressourcenschonendsten und sozial verträglichsten Produkte und Dienstleistungen ausgerichtet werden.





Bündnis 90 / Die Grünen



Die WWF-Bewertung

Die Grünen wollen mit ihrem Programm die sozial-ökologische Transformation vorantreiben. Dieser Anspruch schlägt sich auch in dem **breiten Maßnahmenkatalog** nieder, mit dem die Grünen den Umbau hin zu einem Wirtschaften innerhalb der planetaren Grenzen angestoßen möchten. Die geplante Produktpolitik mit einem gesetzlichen Rahmen und ökonomischen Anreizen für lange Lebensdauer, Wiederverwendung, gemeinsame Nutzung, Reparatur und Recycling begrüßen wir ebenso wie den digitalen Produktpass.

Das Programm ist beim Thema Plastik und Verpackungen sehr umfassend und bezieht auch Sektoren wie Gebäude, Automobil, Batterien und Elektro ein. **Der WWF begrüßt das Engagement für ein international verbindliches Abkommen zum Stopp der Plastikvermüllung der Meere und die Forderung nach ehrgeizigen Müll-**

vermeidungszielen. Eine **übergreifende Kreislaufwirtschaftsstrategie für Deutschland fehlt** in dem Programm dennoch, hier sollte zusätzlich zum Thema Produktpolitik die Ressourcenreduktion und – schonung nachgelegt werden. In der öffentlichen Beschaffung wird ökologischen und sozialen Kriterien richtigerweise ein hoher Stellenwert beigemessen.

Die Grünen haben die Rolle des Finanzsystems für eine gelingende Klima- und Nachhaltigkeitstransformation verstanden. Der WWF bewertet es zudem positiv, dass sich die Partei für nachhaltige und transparente Lieferketten einsetzt, die frei von Entwaldung sind. **Ein weiteres Bekenntnis gegen Ökosystemdegradierung und gegen Umwandlung weiterer natürlicher Ökosysteme, wie z. B. Savannen, hätte das Bild noch abgerundet.**



Wen wir untersucht haben – und wen nicht

Der Schutz natürlichen Lebensgrundlagen beruht weltweit zu großen Teilen auf politischen Entscheidungen. Deshalb steht der WWF für seine Arbeit im Austausch mit Parteien und politischen Akteur:innen. Unsere Arbeit für den Erhalt von Natur und Umwelt steht auf der Grundlage von Werten wie Toleranz, Respekt, Verantwortung und Zusammenarbeit. In der menschenrechtlichen Grundsatzerklärung des WWF verpflichten wir uns zur umfassenden Achtung der Menschenrechte und dem Ziel einer gerechten und nachhaltigen Entwicklung zum Wohle der Menschen.

Der WWF erkennt an, dass die AfD eine Partei ist, die durch demokratische Wahlen Mandate in Landesparlamenten und im Bundestag errungen hat und diese Mandate wahrnimmt. In ihren Positionen steht

die Partei dem Grundgesetz und den Werten einer freiheitlich demokratischen Grundordnung entgegen. Das Bundesverfassungsgericht hat Teile der Partei sogar als erwiesen rechtsextrem eingestuft. Die Partei leugnet den Klimawandel, will am Verbrennungsmotor und an der Kohleverstromung festhalten; sie positioniert sich nationalistisch gegen eine tolerante und vielfältige Gesellschaft und gegen eine Völkerverständigung in multilateralen Organisationen. Sie positioniert sich mit ihren Wertvorstellungen und ihrer Programmatik grundlegend gegen alles, wofür der WWF als internationale Organisation steht. Der WWF sieht damit keine gemeinsame Arbeitsgrundlage zwischen WWF und AfD. Der WWF-Wahlprogrammcheck der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien kommt daher ohne die AfD aus.